

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 11

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Podgornyj
und
Afrika

Hat Podgornyj die Zeche dafür zahlen müssen, dass die Sowjetführung in Afrika eine Fünfer- und-Weggli-Politik betreiben wollte, die sich schlecht angelassen hat? Personifiziert seine Ablösung auch die Loslösung vom politischen Konzept, gleichzeitig Protektor zweier so gründlich verfeindeter Staaten zu sein, wie es Äthiopien und Somalia sind? Aber selbst wenn die Afrika-Politik nicht der Grund für die Absetzung von Podgornyj war: Die afrikanische Komponente spielt notwendigerweise ihre Rolle, und zwar deshalb, weil die Sowjets selber sie mit diesem Personalsymbol verbunden hatten.

Der Ausschluss von Staatspräsident Podgornyj aus dem Politbüro wirft eine Reihe wichtiger politischer Probleme auf. Zumal die Sowjetführung das Signal einer *Entmachtung* bewusst gesetzt hat. Es wäre auch anders gegangen: Man hätte Podgornyj (74) mit Festlichkeiten und dem Dank für geleistete Dienste aufs Altenteil setzen können.

Derweil es schwer ist, die Hintergründe von Fraktionskämpfen auf der höchsten sowjetischen Führungsebene freizulegen, wird man diese Absetzung doch auch mit Afrika in Verbindung bringen dürfen. Vor zwei Monaten hat Podgornyj eine bedeutungsvolle Mission in Ostafrika geleitet. Es wurde noch während seiner Reise sichtbar, dass er keinen Erfolg davontrug.

Er stand im Schatten von Fidel Castro, der über eine viel grössere Ausstrahlungskraft verfügt. Podgornyj musste von Präsident Nyerere eine

Belehrung entgegennehmen über die Art und Weise, wie in freien Ländern eine Pressekonferenz durchgeführt wird. Podgornyj drang darauf, die Fragen von Journalisten zum voraus schriftlich zu erhalten, und musste dann auf die geplante Pressekonferenz verzichten. Ferner konnte er im Vertrag mit Mozambique entgegen den allgemeinen Erwartungen die Frage von sowjetischen Stützpunkten nicht regeln. Schliesslich ist es ihm offensichtlich nicht gelungen, in Mogadischu die wegen der sowjetischen Unterstützung Äthiopiens gestörten Beziehungen zu Somalia zu verbessern.

Stand schon die Reise Podgornyjs unter einem unglücklichen Stern, so hat sich die Lage dort seither für die Sowjetunion nicht günstiger entwickelt. Vorab hat der Sudan alle sowjetischen Militärs ausgewiesen und dadurch die Verbindungs- und Nachschublinien zu Äthiopien und sogar Somalia erschwert.

Und anscheinend ist es der Sowjetunion nicht gelungen, die erheblichen Differenzen zwischen Somalia und Äthiopien mit freundlichem Zwang beizulegen. Statt zwei Pferde im Stall zu haben, hat sich Moskau zwischen Stuhl und Bank gesetzt.

Schliesslich steht auch in Westafrika ein Misserfolg zu Buch. Der Griff vom sowjetisch kontrollierten Angola aus nach der Kupferprovinz in Zaire ist misslungen.

Was immer die Zusammenhänge sind: die Absetzung Podgornyjs wird die sowjetischen Beziehungen zu Afrika erheblich belasten. Man stelle sich vor, dass der mit einigem Pomp nach Afrika zu Verhandlungen auf höchster Ebene entsandte sowjetische Staatspräsident so kurze Zeit später aus dem Politbüro ausgeschlossen wird, was doch bedeutet, dass er auch als Staatschef abgesetzt werden wird! Das stellt eine Brückierung der afrikanischen Gesprächspartner Podgornyjs dar.

Vielleicht liegt aber darin eine mögliche Erklärung der Absetzung. Die sowjetischen Rückschlüsse in Afrika könnten verlangen, dass ein Sünden-

bock gefunden wird, dem die Misserfolge angelastet werden.

In dieser Sicht müsste dann ein Neubeginn der sowjetischen Afrika-Politik in Angriff genommen werden, namentlich im Horn von Afrika. Die nächste Entwicklung in Somalia und in Äthiopien dürfte hier einige Klarheit schaffen. Die sowjetische Position in Somalia scheint erheblich gefährdet zu sein. Um sie zu retten, müsste sich Moskau vermutlich aus Äthiopien zurückziehen und die Fehlkalkulation einer Unterstützung zweier feindlicher Nachbarn Podgornyj anlasten.

Vielleicht sind aber die Beziehungen zu Somalia schon so gespannt, dass die Sowjetunion sich Äthiopien zuzuwenden begann, um mindestens einen Teil ihres Einflusses auf die Region zu erhalten. Auch für diesen Wechsel könnte dann bequemerweise Podgornyj verantwortlich gemacht werden, damit das opportunistische Element der Sowjetpolitik etwas verdeckt wird.

Katuschew
und
Europa

Die Versetzung von Konstantin Katuschew aus dem ZK-Sekretariat in eine Comecon-Beamtung steht im Schatten des Ausschlusses von Podgornyj aus dem Politbüro. Sie kann jedoch ebenfalls Interesse beanspruchen.

Katuschew war im Zentralkomitee verantwortlich für die Parteibeziehungen zu den kommunistisch geführten Ländern. Und von da her drängen sich Überlegungen über seine Abberufung auf.

Die Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa, insbesondere in der CSSR und in Polen, hat sich für das «Osteuropa-Departement» in der KPdSU sicher als Belastung ausgewirkt. Die betreffenden Bruderparteien haben trotz sowjetischer Mit- und Nachhilfe die «Volksfeinde» nicht so unschädlich machen können, wie man sich das in Moskau vorgestellt hatte. Die Unzufriedenheit mit dieser Sachlage könnte ein plausibles Motiv für die Abberufung Katuschews abgeben (wobei immerhin zu berücksichtigen ist, dass eine Arbeit im RGW normalerweise auch ihre Wichtigkeit hat und ebenfalls eine Form der Beziehungen zu Osteuropa darstellt).

Aber mit diesem «lagerinternen» Element hat es nicht sein Bewenden. Diese Problematik ist nicht zuletzt deshalb so heikel geworden, weil sie heute im Zusammenhang mit internationalen Belastungen steht, insbesondere mit der KSZE-Thematik (Helsinki und Belgrad) und mit dem Eurokommunismus.

Der «nationalkommunistische» Weg der sogenannten Eurokommunisten hat unter Osteuropas Parteiführern etliche Unruhe und Unsicherheit geschaffen. Besonders weil die Kritik westeuropäischer Kommunisten an den osteuropäischen Zuständen merklich zugenommen hat, und sei es nur aus taktischen Gründen. Während der bulgarische Parteichef Schiwkoff die Eurokommunisten als Abweichler hart kritisierte, hatte der ungarische Ministerpräsident Kadar in einem Wiener Interview eher Sympathie bezeugt.

Damit waren die unterschiedlichen Beurteilungen



Afrikareise als Peripetie? Podgornyj in Mozambique mit Präsident Samora Machel.

Enthüllungen eines abgesprungenen Abgeordneten aus Vietnam

200 000 politische Gefangene

Im normalisierten Vietnam von heute gibt es 200 000 politische (de facto)-Gefangene, und es gibt wiederum Guerillas. Diese Angaben macht ein Vietnameser, der seinerzeit in Südvietnam gegen das Regime Thieu und die Amerikaner kämpfte, letztes Jahr zum Abgeordneten an der Nationalversammlung in Hanoi avancierte und diesen Frühling abgesprungen ist.

Der Mann heisst Nguyen Cong Hoan. Er hatte im April 1975 die kommunistische Machtübernahme in Saigon begrüsst, weil sie nach seiner Ansicht das Land von der amerikanischen Einmischung befreite. Heute plädiert er dafür, dass die Amerikaner die Guerillas unterstützen, die es in Vietnam anscheinend wiederum gibt. Hoan wurde 1976 als Abgeordneter zum Kongress der Sozialistischen Republik Vietnam in Hanoi gewählt, d. h. von der KP dazu ausgesucht.

Seine Enttäuschung über die vermeintliche Befreiung begründet Hoan so:

«Mein erster Beweggrund war 1975, beim Wiederaufbau des Landes mitzuhelfen. Aber dann erkannte ich, dass die Kommunisten anders waren als ich gedacht hatte. Heute sind in Vietnam die Grundrechte nicht garantiert. Es gibt keine Glaubens-, Rede- oder Bewegungsfreiheit. Es gibt überhaupt keine Freiheit ausser derjenigen, die Befehle der Partei zu befolgen; sonst kommt man ins Gefängnis.»

Andersdenkende werden in Vietnam offiziell in «Umerziehungszentren» gehalten, um dort zu vollwertigen Bürgern zu werden. Hoan zufolge bedeutet aber die «Umerziehung» ganz einfach, im Gefängnis zu sitzen. Das Pariser Abkommen hatte festgelegt, dass Hanoi die Offiziere und Angestellten des Regimes von Saigon nicht bestrafen würde. Indessen sitzen laut Hoan 200 000 ehemalige Militärs und Zivilisten in Gefängnissen und Gefangenenlagern, auch wenn man diesen euphemistische Bezeichnungen gibt. Höhere Verwaltungsbeamte und Militärs von früher befanden sich fast alle in den grossen Gefängnissen

der Provinz Ha Bac, nahe der chinesischen Grenze.

Im Süden des Landes sind sämtliche Publikationen eingestellt worden. In den vormalig katholischen Schulen, die weit verbreitet waren, müssen alle Lehrer den Unterricht im Sinne des Marxismus-Leninismus halten. Die antireligiöse Propaganda dagegen legt sich keine Zügel an. Laut Hoan führt man der Bevölkerung «zur Aufklärung» einen Film unter dem Titel «Die heiligen Tage» vor. Er zeigt, wie christliche Frauen beim Kirchenbesuch von Priestern vergewaltigt werden.

Die Zulassung für Universitäten und Hochschulen wird streng nach politischen Kriterien gehandhabt, zu denen auch die Sippenhaftung gehört. Jugendliche, deren Eltern der früheren Regierung in Saigon in beliebiger Funktion gedient hatten, erhalten keine Chance zur Weiterbildung. Hoan gibt an, dass viele ehemalige Politiker einfach verschwunden seien, und zwar auch solche, die unter der seinerzeitigen Regierung zur Opposition gehört hatten; möglicherweise seien sie hingerichtet worden.

Die Zeitungen halten sich strikt an den Parteikurs. Wenn Vietnamesen mit ausländischen Journalisten zusammentreffen, sind sie verpflichtet, die Dienste eines Dolmetschers in jedem Falle zu beanspruchen, auch dann, wenn sie selber der Sprache des Interviewers mächtig sind.

Laut Hoan gibt es in Vietnam heute wieder eine Guerillabewegung, die gegen das kommunistische Regime kämpft. So sei am 19. März dieses Jahres das grösste Munitionsdepot in Long Binh

(dem ehemaligen Hauptquartier der amerikanischen Armee bei Saigon) durch Widerstandskämpfer zerstört worden.

Seiner heutigen Einstellung entsprechend ist Hoan gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Hanoi. «Das vietnamesische Regime wird die amerikanische Hilfe dazu verwenden, die Bevölkerung im eigenen Lande und in Südostasien überhaupt zu unterdrücken.» Die richtige Politik bestehe darin, die heutigen Guerillas in Vietnam mit Waffen, Lebensmitteln und Medikamenten zu unterstützen.

Das ist die jetzige Forderung eines früheren nichtkommunistischen Sympathisanten mit dem Vietcong. Aber solche und ähnliche nichtkommunistische Sympathisanten haben seinerzeit — in Vietnam und anderswo — die Weichen gestellt, und der Zug ist darüber weggefahren. *drb*

In Kürze

Zwischen November 1975 und März 1976 soll es zwischen chinesischen und sowjetischen Truppen zu schweren Grenzgefechten gekommen sein; beide Seiten hätten Verluste erlitten. Zu dieser Meldung zitiert die Hongkonger Zeitung «Oriental Daily» als Informanten Ankömmlinge aus China. Laut ihren Auskünften habe es in jenen fünf Monaten mindestens vier blutige Zusammenstösse gegeben. Die chinesischen Verwundeten seien grossteils in einem Marinespital in Tsingtao (Hafenstadt in Nordchina) behandelt worden. Indessen habe man wegen Ueberfüllung der Räumlichkeiten etliche Soldaten auch in zivilen Spitälern unterbringen müssen.

Die Jugendlichen in der DDR sollen wirksamer gegen westliche Einflüsse immunisiert werden. Wie das SED-Organ «Einheit» schreibt, würden die Kinder und Jugendlichen unter den «welt-offenen Bedingungen der DDR» in vielerlei Form mit «gegnerischen Versuchen der Beeinflussung» und «westlicher Lebensweise» konfrontiert. Der an Schärfe zunehmende Klassenkampf und die «Raffiniertheit der gegnerischen ideologischen Diversion» seien jedoch für sie manchmal «schwer zu durchschauen».

des Eurokommunismus sichtbar geworden. Das allein schon stellte eine erhebliche Belastung für Moskau dar. Es wäre Aufgabe des zuständigen ZK-Sekretärs Katuschew gewesen, eine solche Entwicklung zu verhindern, oder doch mindestens beizutragen, dass sie nicht aktenkundig werde. Darin ist Katuschew gescheitert.

Der Misserfolg wiegt aus einem naheliegenden Grund sehr schwer: zwischen der Helsinki-Akte und der verstärkten Entwicklung zum Eurokommunismus gibt es einen Zusammenhang. Tatsächlich ist anzunehmen, dass Breschnews Unterschrift unter eine Schlussakte von Helsinki, in der viel die Rede war von Nichteinmischung, Achtung der Grenzen, freier Information, Wahrung der Menschenrechte, grünes Licht für Berlinguer und seine KPI bedeutete, die Abgrenzung von Moskau stärker zu betonen. Seine Anfangserfolge hatten denn auch Marchais und die KPF gezwungen, die Kritik an gewissen sowjetischen Erscheinungen nicht mehr total zu unterdrücken.

So wurden zentrifugale Kräfte in der von Moskau kontrollierten kommunistischen Bewegung sichtbar, die gerade im Hinblick auf die Vorkonferenz in Belgrad sich zu einer Belastung der Sowjetunion auswachsen müssen.

Moskau ist durch die sich auf Helsinki berufende Bürgerrechtsbewegung in ganz Osteuropa in die Defensive gedrängt. Carters Einsatz für die Menschenrechte hat die sowjetische Nervosität fühlbar erhöht. Es muss daher Breschnews Bestreben sein, den sowjetischen Kopf aus der Schlinge von Helsinki zu befreien. Und dabei sind ihm getrennte Züglein verschiedener kommunistischer Parteien ein beträchtliches Hindernis.

Jedenfalls kann Breschnew jetzt mit dem Finger auf Katuschew als dem Schuldigen zeigen und Russakow die Aufgabe stellen, die Differenzen im Hinblick auf Belgrad zu bereinigen und nach Belgrad die osteuropäische Bürgerrechtsbewegung in den Griff zu nehmen. *Peter Sager*

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +
Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)